

VORLAGE

an die
Stadtverordnetenversammlung

Eingang		DS.-Nr.	123/ 06- 11
AusB	ÄR	PBUA	SozJA
KSSpA	OBR	HuFA	StV

Betreff: Schulfinanzierung in Rüsselsheim
Bezug: Antrag Nr. 29 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 5.3.2007

M-Nr.: 113/07

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der Intention des Antrags bereits durch gesetzliche Vorgaben entsprochen wird.

Begründung:

Durch die Gründung und Ansiedlung einer Privatschule vor Ort entstehen der Stadt Rüsselsheim als Schulträger keine zusätzlichen Kosten.

Auf den öffentlichen Schulträger entfallen lediglich die im Hessischen Ersatzschulfinanzierungsgesetz festgelegten Gastschulbeiträge für die Schülerinnen und Schüler aus der eigenen Stadt, die diese Privatschule besuchen.

Rüsselsheim, den 3.5.2007

Jo Dreiseitel
Bürgermeister